

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller (einschließlich 5 Heller Porto)

Aus dem Inhalt:

Der französische Sozialismus einig
Vom liberalen Organ zum Boulevardblatt
Neuer Ueberfall auf einen sozialdemokratischen Funktionär
Der Streik auf dem Robert-Schacht beendet

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh

Redaktion und Verwaltung: Prag XII., Fochova 62 - Telephon 53077 - Herausgeber: Siegfried Laub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

17. Jahrgang

Dienstag, 20. April 1937

Nr. 93

Zwittauer Arbeiter an SdP-Abg. Dr. Kellner:

In Zwittau fand Samstag, den 17. April, eine massenhaft besuchte öffentliche Versammlung statt, in der der Beschluss gefasst wurde, an den Abgeordneten der SdP Dr. Kellner in Trautenuan folgendes Telegramm zu richten:

„Tausende im Glasturm in Zwittau versammelte Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte fordern Sie auf, nicht nur von der Volksgemeinschaft zu reden, sondern auch im sozialen Geiste zu handeln und die Forderungen der streikenden Erich-Arbeiter restlos zu erfüllen.“

Wir sind neugierig, ob Herr Dr. Kellner der Aufforderung der Tausenden in Zwittau Versammelten Rechnung tragen, seine Pflicht tun und die Forderungen der Erich-Arbeiter restlos beivilligen wird.

Faschismus im Abstieg

Auch de la Rocques Partei bei Nachwahlen überraschend geschlagen

Paris. Bei den Ergänzungswahlen in Mor-tain in der Normandie wurde mit einer knappen Mehrheit der Kandidat des Zentrums, Ma-lon, gewählt, für welchen auch die Wähler der Volksfront stimmten. Der Kandidat der „sozialen“ Partei des früheren Feuerkämpfers, de la Rocque, der im ersten Wahlgang die größte Stimmenanzahl erhalten hatte, unterlag wider Erwarten.

Es war das erste Mal, daß de la Rocque bei Kammerwahlen seinen Kandidaten aufgestellt hatte. Da dieser Wahlkreis bisher immer reaktionär gewählt hatte, rechnete er mit einem sicheren Siege, wurde aber ebenso schwer enttäuscht, wie eine Woche vorher Degrelle in Brüssel.

Vormarsch bei Teruel

Valencia. Wie ein Bericht des Luftfahrtministeriums besagt, haben Regierungstruppen an der aragonischen Front die feindlichen Stellungen in der Umgebung von Teruel bombardiert. Es wurden sechs Anflüge unternommen, an denen sich 21 Flugzeuge beteiligten.

Die republikanischen Soldaten haben wichtige Stellungen erobert, die die Straße Albaracin-Teruel beherrschten, wobei dem Feinde erhebliche Verluste zugefügt wurden. Der Vormarsch der republikanischen Truppen bei Teruel schreitet weiter fort.

Die Südbarmee hat einen Angriff der Aufständischen energisch abgewiesen und dem Feinde, der nicht zurückweichen konnte, große Verluste zugefügt.

Valencia. (Reuter.) Der Korrespondent der Presseagentur Reuters berichtet, daß die Regierungstruppen an der Guadalupe-Front etwa um 8 Kilometer vorgerückt und sich des wichtigen Eisenbahnknotenpunktes Noledos de Chavola umweit des Escorial sowie mehrerer kleinerer Dörfer bemächtigt haben. 500 auf Seiten der Aufständischen gefallene Personen wurden bereits bestattet, weitere Leichen liegen noch auf dem Schlachtfeld.

Bombardement belebter Straßen in Madrid

Das fünfstündige Bombardement hat in Madrid zahlreiche Opfer an Toten und Verletzten gefordert, weitaus mehr, als man zunächst angenommen hatte. Bis jetzt wurden 15 Tote und gegen hundert Verletzte gezählt. Die Granaten fielen in einen Bezirk, der keine militärische Bedeutung hat. Es scheint, daß das Feuer absichtlich auf dichtbesiedelte Straßen und nicht auf die Gebäude gelenkt wurde.

Die Kontrolle in Kraft

Paris. Die im Hinblick auf den spanischen Bürgerkrieg eingeführte internationale Kontrolle ist am Mittwoch auf Dienstag in Kraft getreten. Die französischen Behörden haben überall in Grenzgebieten den internationalen Kontrollbehörden Kanäle, Häfen und die Exportwaren der Genbarmerie und der Republikanischen Wägen zur Verfügung gestellt.

Arbeitendes Volk! Genossinnen und Genossen!

Wir rufen Euch zur Feier des 1. Mai im Zeichen des Wiedererstaunens und wachsenden Selbstbewußtseins der demokratischen und sozialistischen Kräfte.

Noch hält der Faschismus große Völker unter dem eisernen Joch seiner Diktatur, in der nicht nur die politische Freiheit, sondern auch jede geistige Regung und die Menschenwürde unterdrückt ist. Noch verfehlt der Faschismus durch immer neue diplomatische Intrigen und sein fortwährendes Eingreifen in alle politischen Konflikte ganz Europa in einen Zustand der Unruhe. Gerade weil die Diktaturen durch ihre inneren Spannungen und ihre wachsenden wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten unterwühlt sind, suchen sie in außenpolitischen Abenteuer einen Ausweg aus ihren Krisen und eine Ablenkung für die wachsende Unzufriedenheit ihrer getrockneten Völker. Noch immer ist der Frieden der Welt durch den Faschismus ernstlich bedroht.

Aber der Faschismus hat in den letzten Monaten eine Reihe von Niederlagen erlitten. Der unbegrenzte Widerstand des spanischen Volkes gegen eine zahlenmäßige und technische Uebermacht hat bewiesen, daß der Freiheitswille, die Opferbereitschaft und die Tapferkeit eines heldenmütigen Volkes stärker sind, als die Kräfte der Unterdrückung, daß die Demokratie siegen kann, wenn sie zu kämpfen versteht. Indem wir das heroische Ringen des spanischen Volkes mit Bewunderung und leidenschaftlicher Anteilnahme verfolgen, werden wir uns bewußt, daß mit der Freiheit des spanischen Volkes auch unsere Freiheit verteidigt wird. Wir werden uns der Verpflichtung bewußt, auch unsere Kräfte bis zum äußersten für die Verteidigung unserer Freiheit, unserer Demokratie einzusetzen.

Aber auch der Abwehrwille der demokratischen Staaten gegen die außenpolitischen Abenteuer durch den Faschismus ist erstarkt. Die Entschlossenheit, vor faschistischen Drohungen nicht zurückzuweichen, ist gewachsen. Noch sind die faschistischen Gefahren nicht gebannt, aber die Front des Friedens ist stärker geworden. Stärken auch wir die Front des Friedens durch maßvolle Kundgebungen für den Frieden der Welt!

Die Tschechoslowakische Republik steht mit ihrer äußeren, wie mit ihrer inneren Politik unerschütterlich in der Front der Demokratie und des Friedens. Unsere Demonstrationen für den Frieden der Welt sind darum zugleich ein Bekenntnis zur Republik, zu ihrer Friedenspolitik und zu ihrer demokratischen Ordnung.

Durch die nationalpolitischen Vereinbarungen vom 18. Februar hat die Tschechoslowakische Republik einen Schritt von historischer Bedeutung, eine große politische Tat zu ihrer inneren Festigung gesetzt. Sie hat anerkannt, daß die demokratische Ordnung nicht nur die formelle Gleichheit vor dem Gesetz, sondern auch die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Gleichberechtigung garantieren muß. Aber diese Grundsätze werden umso lebendigeren Inhalt, umso stärkere Wirksamkeit gewinnen, je entschlossener sich auch das sudetendeutsche Volk zu den Grundfragen der Demokratie und der Völkerverständigung bekennt. Wer demokratische Rechte verlangt, muß auch die demokratischen Pflichten erfüllen. Wer von der Republik kulturelle und materielle Förderung erwartet, der muß auch zur Republik stehen. Darum rufen wir Euch auf, am 1. Mai in imposanten Kundgebungen für die Republik zu demonstrieren.

Der Vorstand der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei

Ungarn verständigungsbereit?

Daranyis Bedingungen für Donau-Entente: „Gleichberechtigung“ und Minderheitenschutz

Budapest. Anlässlich einer Kundgebung der ungarischen Regierungspartei in Szeged hielt der Ministerpräsident Daranyi eine Rede, in der zur Außenpolitik Stellung genommen wurde. Daranyi erklärte, Ungarn wolle weiterhin stets den Interessen des wirklichen Friedens dienen. Ungarn bleibe seinen Freunden treu und erkläre in der Zusammenarbeit der Staaten des Kompaktes die beste Garantie in Mitteleuropa für die friedliche Entwicklung. Ungarn sei bereit, die Bahn korrekter Verhältnisse auch zu jenen Staaten zu ebnen, von denen es heute noch durch mehr oder weniger große Gegensätze getrennt werde. Ungarn wolle die schwebenden Fragen mit diesen Staaten durch Vereinbarungen regeln, vorausgesetzt, daß auch sie ein ähnliches Wohlwollen zeigen, und daß die natürlichen Forderungen Ungarns auch auf der anderen Seite eine entsprechende Anerkennung finden. Ungarn habe unstreitig das gleiche

Recht auf nationale Sicherheit wie jeder andere souveräne Staat.

Die heutige Lage, welche die vitalsten Interessen der Nation aufs Spiel setze, sei unhaltbar. Daranyi folgere, daß Ungarn einen jeden die kooperative der Donaustaaten betreffenden Vorschlag nur auf der Grundlage vollkommener Gleichberechtigung zu überprüfen geneigt sei. Ebenso müßte Ungarn daran festhalten, daß der Schutz der ungarischen Minderheiten durch gesetzliche Mittel gesichert werde. Ohne befriedigende Regelung der Minderheitenschicksale könne sich zwischen Ungarn und den Staaten der Kleinen Entente kein normales Verhältnis herausbilden. Der politischen Zusammenarbeit der Kompakt-Staaten sowie dem auf Interessengemeinschaft aufgebauten Freundschaftsverhältnis zu Deutschland seien die haupt-

sächlich bei den Wirtschaftsverhandlungen mit dem Ausland erreichten Ergebnisse zu danken.

Zu seinem innenpolitischen Programm erklärte Ministerpräsident Daranyi, die Regierung wolle der einzig richtigen christlich-nationalen Richtung durch eine fortschrittliche, konservative und sozial vollstimmliche Politik dienen. Diktaturen allein seien nicht in der Lage, Probleme zu lösen. Diktaturen entstehen nur dort, wo es sonst keinen anderen Ausweg gibt. Dies treffe glücklicherweise für Ungarn nicht zu. Es existieren keine diktatorischen Bestrebungen. Man dürfe nicht träumen, so sagte Daranyi — von Dingen, die nicht ernst zu nehmen sind. Ihre Agitationen aber werden schonungslos unterbunden. Es gebe unleugbar eine Judenfrage in Ungarn. Das Wesen dieses hauptsächlich wirtschaftlichen Problems bestehe darin, daß die Verhältniszahl der jüdischen Bewohner in Ungarn größer als in den meisten übrigen Staaten, und daß das Judentum im wirtschaftlichen Leben in einem, auch diese Zahl weit überschreitendem Maße zur Geltung kommt. Die ungarische Judenfrage könne aber nicht durch Strafkundgebungen und Schlägereien gelöst werden. Die Regierung werde gegen die Aufsteiger mit der vollen Strenge des Gesetzes vorgehen.

